

Gegen Krieg und Ausbeutung...

Lange, bis zur eigenen Beschädigung, hat Kanzlerin Merkel an Verteidigungsminister Guttenberg festgehalten. Sie brauchte die Fähigkeiten des politischen Hochstaplers. Seine Fähigkeit zu medialen Inszenierungen bis hin zu jenem Besuch in der Vorweihnachtszeit mit TV-Team, mit seiner Frau und Mutter seiner zwei Kinder, bei den deutschen Soldaten an der Front, am Hindukusch, in Afghanistan: um mit einer trügerisch-makabren Kriegsidylle zu versuchen, ein Volk wieder vertrauter zu machen mit dem Krieg, in dessen kollektivem Gedächtnis sein Schwur „Nie wieder Krieg“ nach wie vor tief verwurzelt ist.

Gebraucht wurde der von den reaktionären Medien gepuschte Demagoge, der unter dem betrügerischen Etikett einer Sparreform und im Bruch mit dem Verfassungsprinzip der allgemeinen Wehrpflicht und der strikten Definition der Bundeswehr als Armee zur Landesverteidigung, hinter dem Rücken des Volkes eine Freiwilligenarmee für die weltweite Kriegsführung aufstellen wollte.

Der Rücktritt Guttenbergs droht den Blendvorhang zu zerreißen. Die Kriegspolitik und der wirkliche Inhalt der „Bundeswehrreform“ können im kalten Licht hervortreten. Sie werden auf die entschiedene Ablehnung der breiten Bevölkerungsmehrheit stoßen.

Für die Fortsetzung ihrer Kriegsführungspolitik muss Merkel sich nun noch stärker auf die SPD-Führung und deren Allzeitbereitschaft zur „kritischen und korrigierenden“ Begleitung stützen. Dass Merkel den Rücktritt vor den Landtagswahlen vor allem in Baden-Württemberg am 27. März nicht mehr verhindern konnte, steigert die Gefahr einer massiven Absage an die CDU-Politik, die die CDU sogar aus der Regierungsmacht zu werfen droht.

Das würde nach den verheerenden Niederlagen der CDU-Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Hamburg ein vorzeitiges Ende der Merkel Regierung selbst heraufbeschwören.

Merkel braucht – und erhält...- absolut die volle Unterstützung der SPD-Führung (und die Duldung der Gewerkschaftsführungen), um ihre Rolle zu spielen in der direkten Einmischung der EU – unter Anleitung und Druck der US-Regierung – in die die revolutionären Entwicklungsprozesse von Tunis bis Kairo, die sich gegen Diktatur-Regime richten, die die Länder der Plünderung und Überausbeutung durch den IWF und die EU ausgeliefert haben.

Die EU, alle Institutionen der EU, wollen im Namen des Übergangs und der Stabilität alles tun, um diese alten Regime, wenn auch mit anderen Köpfen an der Spitze, zu retten.

Diese Situation spitzt sich noch weiter zu

mit der drohenden militärischen Intervention durch die USA und EU in Libyen, zur Sicherung der politisch-strategischen und Öl-Interessen.

Die Mehrheit der Bevölkerung, wie auch die große Mehrheit der WählerInnen der SPD lehnt die Kriegspolitik der Regierung Merkel und deren Unterstützung durch die SPD-Führung ab. Die Initiative „GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen sagen Nein zum Krieg“ ruft heute zu einer bundesweiten Kampagne für die Forderungen auf: Rücknahme der „Bundeswehr-Reform“, die die Bundeswehr durch eine Freiwilligenarmee für den weltweiten Kriegseinsatz ersetzen soll; sofort Rückzug aller Soldaten aus den Kriegseinsätzen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und politisch Engagierte in Deutschland unterstützen die europäischen und internationalen Initiativen für den sofortigen Stopp jeder Einmischung in Tunesien und Ägypten, Stopp aller Vorbereitungen für eine militärische Intervention in Libyen! (s. Seite 10-12 in dieser Ausgabe und die Internationalen Informationen der IAV, Nr. 43)

Die gleiche Merkel und die gleiche EU treiben heute ein erweitertes Milliarden-Rettungsprogramm für die Banken und die Spekulation voran, um den drohenden Zusammenbruch des Finanzsystems und von verschuldeten Staaten abzuwehren. Und mit einem europäischen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ wollen sie den ArbeitnehmerInnen und den Völkern der Euro-Staaten und EU-Länder die Rechnung dafür aufdrücken.

Dieser Pakt diktiert eine verschärfte Sparpolitik unter dem Druck von „Schuldenbremsen“, weitere Antireformen der Rente und sozialen Sicherungssysteme, sowie, besonders in Deutschland, die verschärfte Liberalisierung und Privatisierung des Öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge.

„Kernstück“ des Paktes aber ist die „Lohnpolitik“, betont EU-Kommissar Olli Rehn: „Die Lohnstückkosten (sind) Schlüsselindikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit jedes Landes“. Das ist der Ruf nach einem neuen Schub für die Deregulierung des Arbeitsmarktes, für die Verallgemeinerung des Lohndumping, der direkten Eingriffe in den „Lohnfindungsprozess“ auf nationaler Ebene, in die Tarifautonomie.

Sicher Europa, Deutschland ist nicht Tunis...

Und doch titelt La Tribune, Zeitung des französischen Kapitals, am 25.2.11 einen Artikel: „Und wenn die Revolte der arabischen Völker in Europa Schule macht...“ Und man liest: „Hört die Stimme der Zivilgesellschaft, bevor es zu spät ist und alles verloren zu gehen droht...Das ist der warnende Rat der westlichen Führer an die unter

Druck geratenen arabischen Führer...Vielleicht täten sie besser daran, sich an sich selbst zu richten, denn die Revolte der Völker, die gibt es auch im Westen (oder im Norden, das ist eine Frage des Standpunktes). Von Athen bis Dublin, demonstrieren die Einwohner der von der Schuldenkrise erdrosselten Länder ihre tiefe Unzufriedenheit, so mit Gewalt auf den Straßen Griechenlands anlässlich des Generalstreiks letzten Mittwoch; so mit Entschlossenheit an den Wahlurnen in Irland. Wenige Tage vor dem Europäischen Gipfel, wo der neue Pakt zur Wettbewerbsfähigkeit zur Abstimmung steht, sind Frankreich und Deutschland gewarnt, dass die endlose Sparpolitik ihre Grenzen hat“. Der Leitartikler der Tribüne warnt, dass die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) „das Risiko in Kauf nimmt, die Revolte der westlichen Mittelklasse zu schüren“.

Der EZB-Präsident Trichet warnt im Namen des Kampfes gegen die „inflationstreibende Lohn-Preis-Spirale“ direkt die Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Deutschland vor zu hohen Lohnforderungen und fordert die verantwortlichen Politiker zum Eingreifen auf. Was die Arbeitnehmer in Deutschland, die Landesbeschäftigten im Öffentlichen Dienst, die Lokführer, Beschäftigten in der Chemie-Industrie und des Einzelhandels... nicht davon abhalten kann, nach jahrelangem Reallohnverlust für kräftige Lohnerhöhungen zu kämpfen und zu streiken, sowie für die Wiederherstellung des einheitlichen Flächentarifvertrags und des einheitlichen Lokführer-Spartentarifvertrags.

Die Kollegen mussten die Erfahrung machen, dass trotz ihrer großen Bereitschaft die Gewerkschaftsführungen die wirkliche Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft zum Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge verweigerten. Das allein wäre die Kraft gewesen, den Merkel-SPD- „Reformkompromiss“ zurückzuschlagen, der den Kollegen eine miese „Regulierung der Leiharbeit“ durch einen Armuts-Mindestlohn zumutet.

„Der Kampf dafür, dass unsere DGB-Gewerkschaften für die organisierte Mobilisierung aller Arbeitnehmer für das Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit, der Speerspitze für Lohndumping und Deregulierung des Arbeitsmarktes in Deutschland, entscheiden, ist unser Beitrag für den Kampf gegen den EU-Pakt für Wettbewerbsfähigkeit, den Merkel und die EU der Arbeiterschaft und den Völkern in allen Ländern Europa diktieren wollen“, schreiben Kollegen aus Deutschland in ihrem Brief an das Treffen der Koordination des Komitees für die Europäische Arbeitnehmerverbindung am 20.2. in Paris.

Carla Boulboullé